

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

erschient

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinste Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gepaltene Seite 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Mustr. Unterhaltungsbl.“ u. der „Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

N 91.

Dienstag, den 4. August

1903.

Herr Bezirksrath Freytag in Schwarzenberg

ist vom 2. bis mit 30. August dieses Jahres beurlaubt und wird während dieser Zeit vom Herrn Bezirksrath R. Oberst in Annaberg vertreten. Schwarzenberg, am 1. August 1903.

Königliche Amtshauptmannschaft. Demmering.

Er.

Am 1. August war der 2. Termin der diesjährigen Staatsgrundsteuer fällig. Es wird dies hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß nach Ablauf der zur Zahlung nachgelassenen achtägigen Frist gegen etwaige Restanten im Wege der Zwangs-vollstreckung vorgegangen werden wird.

Ortssteuereinnahme Schönheide.

Der Berliner Kongress.

Eine der glänzendsten Erinnerungen neuerer deutscher Geschichte ist mit dem 3. August verknüpft. An diesem Tage sind 25 Jahre verflossen, seit die Urkunden ausgetauscht wurden, mit denen die europäischen Großmächte die Beschlüsse des Berliner Kongresses ratifizierten. Die politische Lage war vorher außerordentlich verwickelt. Durch den Frieden von San Stefano, der den russisch-türkischen Krieg beendete, wollten sich die Russen zu Herren des Balkans machen. Die Vernichtung der Lebensfähigkeit der Türkei stieß aber auf energischen Widerspruch besonders Englands und Oesterreich-Ungarns, so daß ein englisch-russischer Krieg um Konstantinopel auszubrechen drohte. Da erhielt unser damaliger Reichskanzler, Fürst Bismarck, von Rußland den amtlichen Auftrag, einen Kongress der Großmächte zur Regelung der Angelegenheit nach Berlin einzuberufen. Dieser Kongress hat vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck stattgefunden.

Von den Teilnehmern an dem Kongresse ist heute nur noch einer am Leben, der damalige 2. Vertreter Englands, Lord Salisbury, und der hat sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen. Die deutschen Vertreter, Fürst Bismarck, Staatssekretär v. Bülow, der Vater des jetzigen Reichskanzlers, und der dritte Kanzler, Fürst Hohenlohe, sind tot; ebenso die österreichisch-ungarischen Vertreter Graf Andrássy, Graf Karolyi und Baron Halmeley; die Franzosen Baddington und Graf St. Vallier; die Engländer Lord Beaconsfield und Lord Odo Russell; die Italiener Grafen Corti und de Launay; die Russen Fürst Gortischakow, Graf Peter Schuwalow und Baron von Dubril und die Vertreter der Türkei Karatheidobech Pascha, Mehemed Ali und Sadullah Bey.

Der Berliner Kongress hat keine Hauptaufgabe gelöst; es ist ihm gelungen, die gefährliche Teilung der Türkei um Jahrzehnte hinauszuschieben. Der englisch-russische Krieg um Konstantinopel wurde vermieden, das Gleichgewicht Europas, soweit es von Balkan-Angelegenheiten bestimmt wird, gesichert. Abgesehen von der Korrektur, die mit der Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien später erfolgte, hat das Werk des Kongresses Bestand gehabt. Serbien, Rumänien, Montenegro sind selbständige Staaten, Bulgarien hat sich nach einigen Schwankungen wieder unter den maßgebenden Einfluß Rußlands gestellt. Die Wünsche Griechenlands, das vor dem Kongress den hungarischen Mund weit geöffnet hatte, wurden mit einer Zukunfts-Anweisung abgeleitet, und erst im Jahre 1880 fand eine Konferenz in Berlin statt, die Griechenland fast ganz Thessalien und einen Teil Albanien zurückgab. Aber diese Nachoperation hatte den Vorteil, daß sie in einer politisch sichern Zeit vorgenommen wurde.

Nur eine Gefahr ist geblieben, weil es nicht in der Macht des Kongresses gelegen hat, ihrer Herr zu werden: die Mißstände in den europäischen Provinzen der Türkei, Makedonien und Albanien. Wäre es der Pforte gelungen, dem Artikel 23 der Berliner Friedensakte entsprechend dort Ordnung und Ruhe zu stiften, so würden die großbulgarischen, die serbischen und hellenischen Ansprüche an diese Gebiete wenig bedeuten. Das russisch-österreichische Abkommen von 1897 hat die Lücke, die an diesem Teile des Berliner Friedensvertrages klafft, nur notdürftig geschlossen.

Dem Genie Bismarcks ist es zu danken, daß im Jahre 1878 ein europäischer Krieg vermieden wurde, und daß das gegen die Türkei siegreiche Rußland manches Blatt aus seinem Lorbeerkränze sich nehmen lassen mußte. Fürst Bismarck hat indessen mit Recht darauf hingewiesen, daß er für Rußland getan hat, was mit der Rolle des „ehelichen Walkers“ in Einflang zu bringen war. Immerhin bahnte sich auf dem Berliner Kongress jene Abkühlung der deutsch-russischen Freundschaft an, die schließlich zum Zweibunde führte. Erst unser jetziger Kaiser ist es durch persönliche Aussprachen mit dem Zaren gelungen, das Mißtrauen Rußlands in die deutsche Politik zu beseitigen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die englische Presse hatte bisher bestritten, daß König Eduard in diesem Herbst Marienbad besuchen werde, jetzt gibt sie diesen Kurbesuch zu. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß Kaiser Franz Josef Marienbad besucht, und wenn weiter König Eduard zu dem Zeitpunkt gerade Deutschland durchreist, zu welchem das russische Kaiserpaar sich nach Darmstadt begibt, so könnte das zu einer ganzen Anzahl von Monarchenbegegnungen führen, da dann auch Kaiser Wilhelm an der einen oder anderen Begegnung teilnehmen könnte. Bisher ist aber noch nichts festgesetzt, auch ist bezüglich einer Begegnung des Kaisers mit König Eduard von England noch nichts vereinbart.

— Am heutigen Montag, den 3. August, begeht der Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg die 50.

Wiederkehr des Tages, an dem er die Regierung seines Landes antrat. Er ist mit seinen 77 Jahren einer der ältesten und nächst dem Großherzog von Baden der längstregierende aller deutschen Bundesfürsten. Seine Regierung über das Herzogtum Altenburg ist allzeit eine hochverdiente gewesen. Unter ihm hat sich der Wohlstand des Landes so gehoben, daß eine wesentliche Verminderung der Steuern eintreten konnte. Heute ist Altenburg das Land der großen Bauerngüter. Hier leben jene reichen Bauern, die stolz und fernig zum Zeichen ihrer Wohlhabenheit silberne Knöpfe an ihrem Sonntagserod tragen. Aber Herzog Ernst hat auch politisch zu gelten vermocht. Voll deutscher Gesinnung, hat er schon zu Anfang der 60er Jahre die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung vorausgesehen. Er lehnte sich an Preußen an und schloß 1862 mit ihm eine Militärkonvention. 1863 blieb er infolge dessen auch dem deutschen Fürstentage in Frankfurt fern. Am 14. Juni 1866 ließ er keinen Vertreter in Frankfurt gegen den österreichischen Mobilisationsantrag stimmen, trat dem preussischen Bundesreformvorschlag bei und stellte Preußen seine Truppen zur Verfügung. Das alles zeigt ihn als außerordentlich geschickten Politiker; er hat durch diese richtige Erkenntnis der Dinge sein Land vielleicht vor ernstlichen Konflikten bewahrt. Zielbewußt war seine Regierung, gleichviel ob es wirtschaftliche oder politische Ziele zu verfolgen galt. Eine große soldatische Gestalt, die in ihrer Figur beinahe an Bismarck erinnert, ein mächtiger Kopf mit festen, energischen Zügen haben diesen Fürsten als Persönlichkeit schon äußerlich markant hervor.

— Die für die einleitenden Verhandlungen zur Revision des Handelsvertrages mit Rußland bestimmten deutschen Kommissare haben sich nach Petersburg begeben.

— Nachdem der König von Schweden Ende 1902 seinen Schiedspruch in der Samoa-Frage dahin abgegeben hatte, daß England und die Vereinigten Staaten zum Ertrag der angeordneten Schäden auf Samoa verpflichtet wären, blieb nur noch eine Vereinbarung der Vertragsmächte über die Höhe der zu zahlenden Entschädigungen übrig. Diese Verhandlung ist nunmehr erfolgt. Die Mitteilung davon ist, laut „Hamb. Corr.“, aus London dieser Tage nach Berlin gelangt. Der nähere Bericht und die amtliche Anzeige davon sind demnächst zu erwarten. Da wegen der Höhe der Entschädigungssummen keine neuen Verhandlungen angeknüpft werden sind, so ist es wahrscheinlich, daß die früher aufgestellten Verluste in Höhe von einer Million Mark zur Auszahlung gelangen.

— Oesterreich-Ungarn. Nach offizieller Verständigung wird der König von England am 15. August zu dreiwöchigem Kurzeuge nach Marienbad eintreffen.

— Vom Balkan. Wie aus Sofia gemeldet wird, hat der dortige russische diplomatische Agent gegenüber den Parteiführern Danew und Radostanow ernsthafte Vorstellungen wegen deren gegen den Fürsten Ferdinand und dessen Dynastie gerichteten agitatorischen und journalistischen Treibereien erhoben. Gleichzeitig hat er den bulgarischen Politikern erklärt, daß im Falle einer durch sie oder durch die bulgarische Armee herbeigeführten staatlichen Ummwälzung in Bulgarien Rußland seine, diesen Bestrebungen entgegengesetzten Interessen an der bulgarischen Küste des Schwarzen Meeres durch eine energische Aktion zu wahren wissen werde. Weiter wird behauptet, daß es trotz aller Dementis Tatsache sei, daß ein großer Teil des bulgarischen Offizierskorps in eine Verschwörung gegen den Fürsten Ferdinand verwickelt sei. Die Makedonier meinen, daß sie in Bulgarien nur hingerhalten würden und drohen angeblich mit der Anzündung eines Verzweiflungskampfes. Die Gefahr, daß die zahlreichen Makedonier in Bulgarien im Augenblick, wo sie ihre letzten Hoffnungen in Bulgarien scheitern sehen, in Sofia Rache nehmen könnten, wird als dringend bezeichnet.

— Italien. Sämtliche in Rom befindlichen Kardinäle haben sich am Freitag ins Konklave begeben. Am Sonnabend begann der erste Wahlsitz. — In das Konklave sind insgesamt 365 Personen eingetreten, nämlich 62 Kardinäle, 62 Konklavisten, 62 Koberbedienten, 40 Erzdiözesane und Bischöfe für den Sicherheitsdienst, 14 Köche, 20 Lastträger und andere Bedienstete. — Von Sonnabend vormittag ab tun auf der Piazza di San Pietro, der Piazza del Risorgimento und der Piazza di Santa Maria je 300 Soldaten ständig Dienst und Abteilungen von je 32 Mann patrouillieren das Gebiet rund um den Vatikan ab.

— Portugal. Der König wird sich am 10. dieses Monats nach dem südpörtugiesischen Hafen von Lagos begeben, um an Bord seiner Yacht „Amelia“ den großen Seemannsdern beizuwohnen, welche auf dieser prächtigen Yacht die dort am 15. eintreffende englische Flotte abhalten wird. Das englische Geschwader wird aus 78 Schiffen mit 33 000 Mann Besatzung bestehen, und läßt die portugiesische Regierung jetzt in aller Eile dort eine provisorische Brücke zur Erleichterung des Verkehrs mit dem Lande herrichten.

— Die Gerüchte über eine Bewegung innerhalb des portugiesischen Offizierskorps gegen den König sind bereits entschieden dementiert worden, und verdient dieses Dementi vollste Glaubwürdigkeit trotz der Versicherung des bestenfalls lissaboner Korrespondenten, der in seinem Telegramm über diese gegen die Dynastie gerichtete Bewegung im Voraus hinzusetzte, daß er trotz eventueller Dementis diese Nachricht aufrecht erhalte. Auch die aus der lissaboner „Folha“, einem unbedeutenden Organ, hervorgegangene Notiz, daß ein anarchistisches Attentat gelegentlich des Empfanges des Königs von England durch den König von Portugal auf der Praça de Commercio in Lissabon infolge Störung durch einen Kloakenrattensänger verhindert worden sei, wird auf das entschiedenste in Abrede gestellt. Der ferner telegraphisch gemeldete Vorgang bezüglich eines Attentats im Ajuda-Palast in Lissabon, wo ein zehn Minuten andauerndes heftiges Gewehrfeuer gehört sein sollte, worauf der Palast abgesperrt sei, ist darauf nach unzweifelhaften Quellen zurückzuführen, daß eine Schildwache vor dem Palaste, welche vorher deutliche Zeichen Unzuverlässigkeit gab, Selbstmord beging, infolgedessen Wachsoldaten hinzueilten. Uebrigens wohnen im Ajuda-Palaste auch nicht der König und die Königin, sondern die Königin-Mutter Dona Maria Pia. Alle drei Nachrichten werden von kompetenter Seite daher als absurd bezeichnet.

— Amerika. Am 1. Juli 1903 ist in den Vereinigten Staaten ein neues Gesetz, das sogenannten „Anarchisten“-Gesetz in Kraft getreten, welches, wenn es sein Ziel erreicht, die Anarchisten von der Möglichkeit, amerikanische Staatsbürger zu werden, ausschließt. Das Gesetz bestimmt, daß die Bundesfreiheitsurteile jedem, der um die Erteilung des „ersten Papiers“ ersucht, was zum mindesten 2 Jahre vor Erteilung des Bürgerrechtes der Fall sein muß, ein Formular vorlegen sollen, dessen Fragen der Applikant „an Eidesstatt“ wahrheitsgetreu zu beantworten und die Antwort durch seine Unterschrift zu bekräftigen hat. Daraus wird er noch vom Richter vorgerufen, vor dem er dann eidlich zu erhärten hat, daß er alle Fragen der vollen Wahrheit gemäß beantwortet hat. Er wird in dem Formular gefragt, ob er ein Gegner der organisierten Regierung sei, ob er als Mitglied oder in irgend einer Eigenschaft einer Vereinigung angehöre, welche regierungsfeindliche Lehren verbreite, ob er es als seine Pflicht oder als notwendig oder als nützlich erachte, einen Beamten der Vereinigten Staaten-Regierung oder irgend einer anderen Regierung, sei dieselbe monarchisch oder republikanisch, zu töten oder tötlich zu beleidigen, oder zu dessen Ermordung oder tötlicher Beleidigung Beihilfe zu leisten, aufzufordern oder anzuraten. Wer diese Fragen nicht alle mit einem kategorischen „Nein“ beantwortet und diese Antwort beidelt, erhält nicht einmal das „erste Papier“, mit dem die Regierung gewissermaßen ihre Bereitwilligkeit ausdrückt, ihn späterhin als Bürger aufzunehmen. Schreitet er nach späteren zwei Jahren um seine ewigliche Naturalisation ein, so wird er nicht nur wie bisher einer Prüfung in der amerikanischen Verfassung unterzogen, sondern abermals einem eingehenden Verhöre, ob er anarchistischen Tendenzen huldige. Nur wer befriedigend aus diesem Examen hervorgeht, kann amerikanischer Bürger werden. Für diejenigen, die durch falsche Angaben und geleisteten Meineid sich das Bürgerrecht erschlichen haben, wird gleichzeitig eine sehr empfindliche Straffanktion festgesetzt. Es wird jeder, der erwiekenmaßen einer anarchistischen Verbindung angehört, diesen Umstand aber abgeleugnet und seine wesentlich unwahren Angaben durch falsche Eid bekräftigt hatte, für diese Tat allein ohne Rücksicht auf irgend welche andere durch sein Benehmen veranlaßten Strafen je nach der Schwere des Falles mit Zuchthaus von 1—10 Jahren oder mit einer Geldstrafe nicht unter 5000 Dollar oder mit beidem zugleich gestraft.

— Südafrika. Ueber die Lage in Südafrika hat der Kolonialminister Chamberlain im englischen Unterhause bei der Besprechung des Kolonial-Etats ausgeführt, eine der größten Schwierigkeiten, mit denen England zu rechnen habe, seien nicht die Beziehungen zwischen den Engländern und Buren, sondern die Beziehungen der Buren unter sich, die zu bessern er sein Bestes getan habe. Wenn es sich indes herausstellen sollte, daß die Versöhnungspolitik vergeblich gewesen sei, würde die Regierung nicht zögern, die ihr in Südafrika zur Verfügung stehende Gewalt zu gebrauchen und die Unruhestifter zu verbannen. Er lege dem Briefe General Bothas, der sich über die Lage in Südafrika beschwerte, keine Bedeutung bei und meinte, daß der Brief den Einfluß Bothas verringern werde. In Anbetracht der Entdeckung neuer Diamantminen gehe das Bestreben der Regierung dahin, alle Mittel für den Staat zu sichern, ohne indes die Entwicklung der Minen zu beeinträchtigen.

— Aften. Gegen die Vabi, eine in Persien verbreitete geheime mohammedanische Sekte, die zuerst von sich reden machte, als ihre Anhänger 1848—1850 einen blutigen Krieg gegen den